Eine neue Wissenschaftsministerin – aber keine neuen Zeiten

Die Hoffnung war zwar nicht groß, aber doch vorhanden, dass sich mit der Bestellung der neuen Wissenschaftsministerin die Zeiten zum Bessern ändern würden. Doch soweit wir das bis jetzt beurteilen können, führt Karl den Kurs ihres Vorgängers Johannes Hahn mit aller Konsequenz fort.

Als Erstes sofort wieder die Einführung von Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen zu fordern, wie Karl dies in ihrer Antrittsrede getan hat, zeugt nicht gerade von Fingerspitzengefühl und dem Willen zu Veränderungen an den Universitäten, die wirklich den Studierenden und den Beschäftigten zu Gute kommen. Karl führt damit den Hochschuldialog de facto ad absurdum, bevor dieser überhaupt zu Ergebnissen kommen konnte. Würde dieser Dialog mit aller Ernsthaftigkeit geführt und würden die Meinungen aller Beteiligten wichtig genommen und gehört, so könnten dort entscheidende Weichen für die österreichische Hochschullandschaft gestellt werden; denn Themen wie Aufgaben der Hochschulen, Bildungsbegriff, Organisationsfragen, demokratische Mitbestimmung oder Studien- und Lehrbedingungen müssen unbedingt unter Einbindung aller Betroffenen (oder auch „Stakeholder“) diskutiert werden. Hat sich bereits unter Johannes Hahn das Gefühl breit gemacht, dass dieser Hochschuldialog von ihm auf nicht viel mehr als auf ein „Ruhigstellen“ der kritisierenden Studierenden abzielte, so spricht viel dafür, dass auch seine Nachfolgerin nicht viel mehr im Sinn hat.

Die Wissenschaftsministerin sollte sich bewusst werden, dass die Lage an den Universitäten nicht durch die Wiedereinführung von Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen verbessert

werden kann. Die Probleme sind vielschichtig und bedürfen umfassender und neuer Lösungen.

Zuerst müssen die finanziellen Mittel für die Universitäten massiv und rasch aufgestockt werden und es muss ein Fahrplan entworfen werden, wie das Hochschulbudget auf die im Regierungsprogramm festgeschriebenen 2% des BIP gehoben werden soll. Mit dieser budgetären Ausstattung könnte Österreich dann dem internationalen Vergleich Stand halten (so hatte Kanada bereits im Jahr 2004 ein Hochschulbudget von 2,4% des BIP, Quelle: OECD-Indikatoren, 2006).

Gut ausgebildete AbsolventInnen erhält man nur, wenn man den Studierenden die bestmöglichen Ressourcen zur Verfügung stellt. Dies bedeutet zum einen ein Betreuungsverhältnis, das den Namen „Betreuung“ auch verdient: Lehrende müssen Zeit haben, sich mit den von ihnen betreuten Studierenden auseinanderzusetzen – nur so kann ein wissenschaftliches Umfeld geschaffen werden, das Spitzenleistungen möglich macht. Gut arbeiten und studieren zu können, bedeutet auch, die nötigen räumlichen Ressourcen mit der besten Ausstattung zur Verfügung zu haben – ein Zustand von dem wir im Moment weit entfernt sind. Es braucht nicht zuletzt zusätzliche Stellen und eine angemessene Bezahlung der an den Universitäten Beschäftigen – gute Leistung verdient gute Bezahlung. Es kann nicht sein, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wie die der UniversitätslektorInnen, an der Tagesordnung sind. Ungesicherte und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse haben an Universitäten – die letzten Endes auch eine gesellschaftliche Vorbildungsfunktion übernehmen sollen – nichts verloren. Ein wertschätzender Umgang mit MitarbeiterInnen und Studierenden ist ein wichtiges Signal – nach innen und außen – das ernst genommen werden muss.

Die neue Wissenschaftsministerin steht aber auch vor der Aufgabe, die österreichische Hochschullandschaft neu zu gestalten und zu reformieren: Der Bologna-Prozess gehört einer umfassenden Analyse unterworfen, denn er hat sich von der Idee

eines europäischen Hochschulraumes, der die Mobilität der Studierenden steigert und die Vergleichbarkeit von Abschlüssen vereinfacht, zu einem System der aufgeblähten Verwaltung und völlig überfrachteten Studienplänen entwickelt. Moderne Studienpläne müssen auch vermehrt ein Studium neben einer Erwerbsarbeit ermöglich – wir wissen, dass immer mehr Studierende darauf angewiesen sind, neben ihrem Studium zu arbeiten, um ihre Ausbildung finanzieren zu können. Der Anteil der erwerbstätigen Studierenden ist zwischen 2006 und 2009 von 58 auf 62% gestiegen; 45% arbeiten während des ganzen Semesters. Eine engagierte Wissenschaftsministerin muss sich mit der Frage auseinandersetzen, wie die soziale Durchlässigkeit im Bildungssystem hergestellt werden kann – und das Mittel dazu sind wohl sicher nicht Studiengebühren. Knapp 45% der österreichischen StudienanfängerInnen kommen aus einem Haushalt, in dem der Vater zumindest über Matura verfügt, jedoch nur 10% haben einen Vater mit Pflichtschulabschluss.

Es gehören umfassende Diskussionen darüber geführt, wie mit dem Ansturm an Studierenden aus Deutschland umgegangen werden, wie eine erstklassige Ausbildung in den „überlaufenen" Studienrichtungen gewährleistet werden kann bzw. wie die Ströme der Studierenden zur Zufriedenheit aller gesteuert werden können.

Die neue Ministerin Karl hat ein Ressort mit vielen „Baustellen" übernommen. Es ist ihre Aufgabe, die anstehenden Probleme in einer Art und Weise zu lösen, die den Betroffenen zu Gute kommt und ihnen ein Studieren und Arbeiten an den Universitäten ermöglicht, das Österreich wieder ins Spitzenfeld der internationalen Forschung und Wissenschaft bringt. Die Parolen ihres Vorgängers wiederzugeben, führt nicht zu den notwendigen Lösungen.

Sollten zwischen dem Verfassen dieses Artikels und seinem Erscheinen neue, überraschende Schritte gesetzt worden sein, so kann man nur hoffen, dass diese in einem Sinn erfolgt sind,

der den Inhalt dieses Artikels widerspiegelt.

Ulrike Stein